

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1847

39 (15.5.1847)

Die Rundschau erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch und Samstag, und kostet für das halbe Jahr vom 1. Januar bis 30. Juni 1847 im Umfang des Großherzogthums 1 fl. 24 fr. durch die Post oder durch den Buchhandel bezogen.

Die Rundschau.

N^o 39.

Karlsruhe, Samstag den 15. Mai

1847.

Herausgegeben von Karl Rathy. — Druck und Verlag von Malsch und Vogel.

Man bestellt bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg auch bei den unten genannten Buchhandlungen, welche auch Zwerte annehmen. Einrückungen werden mit 3 fr. für den Raum der dreiverteligen Zeile berechnet.

Karlsruhe, bei Malsch & Vogel.

Heidelberg, bei Fr. Sabel.

Mannheim, bei H. Hoff.

Sehr viele Mitglieder der preussischen Ständeversammlung fangen schon an, arbeitsmüde und berlinmüde zu werden und sind doch erst Einen Monat beisammen. Landwirthe und Geschäftsleute sehnen sich nach Hause, da unter ihrer Abwesenheit die eigenen Angelegenheiten noch mehr leiden, als durch ihre Anwesenheit in Berlin die öffentlichen gedeihen. Die im ständischen Verufe arbeitenden Kräfte nutzen sich ab durch übergroße Anstrengungen in täglichen sechsstündigen Verhandlungen, abendlichen Abtheilungsübungen, häufigen Vorbereitungen und Besprechungen, zahllosen mündlichen und brieflichen Besuchen. Dazu kommt die Wahrnehmung, daß die vorliegenden Arbeiten innerhalb der Frist von acht Wochen nicht bewältigt werden können, und es soll deshalb der Antrag gestellt werden, die Versammlung Ende Mai zu vertagen und im October wieder zu berufen. Da, wo sich größere gesetzgebende Körper jährlich auf längere Zeit versammeln, wo das System der Regierung ein bestimmtes und bekannt ist, wo sich die Parteien gebildet und geschieden haben, ist in der Regel ein großer Theil der Mitglieder abwesend, die Geschäfte gehen unter der Leitung der Führer ihren Gang und nur wenn wichtige Entscheidungen zu treffen sind, wird die ganze Masse berufen und erscheint. So wird der Aufwand an Mühe und Zeit erträglich gemacht. Auch hat man zahlreiche Versammlungen rastlos thätig gesehen, wo es eine völlige Umgestaltung und neue Bildung der öffentlichen Zustände galt. Das Bewußtsein, für das Gemeinwesen entscheidend zu wirken, gibt Kraft, Ausdauer und Begeisterung, welche die härtesten Anstrengungen, die größten Opfer freudig ertragen läßt. Wo Ermattung und die Sehnsucht nach der Heimath so bald eintreten, wie dies bei der beratenden Versammlung in Berlin der Fall sein soll, da fehlt es an dem Vertrauen, bedeutende Ergebnisse zu erzielen, welche der Opfer und Ausdauer werth sind, da fehlt es an dem Bewußtsein, dem Vaterlande nützen, den Erwartungen der Nation entsprechen zu können. Alsdann aber sollte man sich über die Gründe klar zu werden suchen, welche erprieslichen Erfolgen im Wege stehen und sich vor Allem bemühen, die Hindernisse zu beseitigen, an denen alle Bestrebungen scheitern. Eine Versammlung, die nicht einmal über ihre Geschäftsleitung Herr ist, sondern sich nach dem Belieben eines Marschalls oder Vorsitzenden gängeln lassen muß, und hinter ihren Mehrheiten, selbst von mehr als zwei Drittheilen, keine Resultate sieht, kann freilich bald müde werden, und selbst die unlängbare Wirkung, welche ihre Verhandlungen auf die öffentliche Meinung und die politische Bildung des Volkes hervorbringen, schlägt sie am Ende nicht mehr hoch genug an, um dafür ihre Kräfte aufzureiben und ihre persönlichen Angelegenheiten zu vernachlässigen. Das Bescholtenheitsgesetz nahm vier Sitzungen in Anspruch

und ist aus den Beschlüssen wesentlich verändert hervorgegangen. Hiernach soll nur ein strafgerichtliches Urtheil, welches den Verlust der Ehrenrechte ausspricht, die Ausschließung aus der Ständeversammlung bewirken, in allen andern Fällen, wo die Ehrenhaftigkeit eines Mitgliedes in Frage kommt, entscheidet die Versammlung selbst nach Stimmenmehrheit. Freilich kann auch durch ein Strafurtheil ein sehr ehrenwerther Mann ausgeschlossen werden; wie mancher Schriftsteller ist schon zum Verlust der Nationalcocarde verurtheilt worden, ohne daß er deshalb für bescholten angesehen wird. Und wie mancher hat sich später so sehr geändert — wir sagen nicht, gebessert — daß seine Wahl der Regierung sogar angenehm wäre. Allein ungeachtet dieses Zugeständnisses kann der Erfolg der viertägigen Arbeit nichtig sein, da weder die Herrencurie auf die Beschlüsse der drei Stände eingehen wird, noch die Regierung daran gebunden ist. Sie kann das Gesetz erlassen nach ihrem Gutdünken, die Stände mögen beschließen, was sie wollen.

Am 1. Mai war die verlängerte Frist zur Einreichung von Petitionen (Anträgen einzelner Mitglieder) abgelaufen und ihre Zahl wird auf mehr als 600 angegeben, worunter viele von großer Wichtigkeit, so daß ihre Beratung und Erledigung drei bis vier Monate erfordern würde. Ein trefflich begründeter Antrag auf Pressefreiheit geht dahin, daß Preußen bei dem Bundestage die Verwirklichung des Art. 18 der Bundesacte beantrage, ferner ein dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechendes Pressegesetz unter Mitwirkung der Stände erlasse und das Urtheil über Pressevergehen einer aus dem Volke hervorgehenden Richterjury anvertraue. Da die Richtung eines Pressegesetzes verschieden aufgefaßt wird und Manche ein solches als ein Mittel ansehen, mit mehr Erfolg als durch die Censur die Wahrheit zu unterdrücken, so war es sehr zweckmäßig, daß der Antrag deutlich sagte, daß er ein Gesetz für die Freiheit, nicht für die Unterdrückung der Presse haben wolle. Der Minister des Auswärtigen hat mehreren Abgeordneten mitgetheilt, daß die Regierung bei dem Bundestage ein allgemeines Pressegesetz beantragt habe und der Minister des Innern, H. v. Bodelschwingh, hat die Aufhebung der Censur für innere Angelegenheiten in Aussicht gestellt. Wenn die Versammlung über diese wichtige Frage einig ist und in der Einigkeit ihre Kraft fühlt, so kann sie wohl etwas Besseres, etwas wirklich Gutes zu Stande bringen. Der Abg. Camphausen hat seinen Antrag auf regelmäßige Berufung des Landtags von zwei zu zwei Jahren als Manuscript gedruckt unter die Mitglieder vertheilt; Hansmann hat den Antrag gestellt, die östliche Eisenbahn aus den im Staatsschatze vorhandenen Mitteln zu bauen, welche für den Fall eines Krieges todt daliegen. Viele Stimmen erheben sich gegen

eine Anleihe; da aber die Regierung unerschrocken sein soll, lieber den Bau aufzugeben, als den Staatskassan anzugreifen, so wird sich hier zwischen den materiellen Interessen der östlichen Provinzen und den höchsten politischen Interessen des Volkes, welche die Bewilligung einer Anleihe nur einer Versammlung gestatten, der die 1815 und 1820 geschlich verheißenen Rechte zustehen, ein Streit erheben, der für den Gang des Landtags die gefährlichste Klippe werden kann. Am 6. Mai wurde die Petition des Abg. Hansemann auf Aenderung der Geschäftsordnung berathen, aber nicht bis zu Ende. Nach den Beschlüssen soll die Versammlung ihre Secretäre und die Abtheilungen, diese ihre Vorstände, die Vorstände die Berichtersteller ernennen. Viele Industrielle sind in Berlin anwesend, um ihre Angelegenheiten, die in der Versammlung tüchtige Vertreter haben, bei den Ständen zu betreiben.

Bei der Beurtheilung der wichtigen volkswirtschaftlichen Frage, welche die gegenwärtige Theuerung in der Presse allenthalben anregt, haben sich die Seeblätter vor vielen andern Organen vortheilhaft ausgezeichnet. Sie haben sich nicht nur selbst frei gehalten von allgemein verbreiteten Vorurtheilen und Irrthümern, sondern sie sind denselben auch offen und muthig entgegen getreten. Sie haben den freien Handel und Verkehr mit Lebensmitteln als den besten Weg zur angemessenen Vertheilung derselben erkannt und die Nachtheile der Störung des Handels, sei es durch die Staatsgewalt oder durch tobende Volkshäufen, ins Licht gestellt. Sie haben sich mit Nachdruck gegen die unbegründeten Vorwürfe des Wuchers ausgesprochen, welche den Bauern, Müllern, Bäckern überhaupt den Verkäufern von Lebensmitteln so häufig gemacht werden, während es doch nicht besser werden könne, wenn man die Vorräthe raube und zerstöre und die Verkäufer mißhandelt. Sie bemerken richtig, daß die gegenwärtige Theuerung das Elend nicht gemacht, sondern nur aufgedeckt habe und die eigentliche Ursache desselben in dem Mißverhältniß zwischen Kapital und Arbeit und der daraus folgenden ungleichen Vertheilung des Gesamteinkommens liege, oder, wie sich die Seeblätter ausdrücken, daß es Hunderttausenden schwer, ja unmöglich ist, das nöthige Geld zu verdienen, während für Hunderte alle Einrichtungen der Gesellschaft darauf berechnet scheinen, ihr Vermögen zu schütten und zu mehren. Bei so klarer Auffassung der socialen Frage und der gegenwärtigen Verhältnisse konnten die Seeblätter auch nicht anders, als die häufigen Marktausschände bedauern und mißbilligen, indem sie dem Volke überall nur Schaden bringen. „Ist es nicht genug, — sagen die Seeblätter unter anderem — daß unser Volk zerplittert und zerklüftet ist in Katholiken und Protestanten, in Juden und Amlutherische, in Nord- und Süddeutsche, in dreißignamige Stämme, in unumschränkt und in verfassungsmäßig Beherrschte? Ist es nicht genug, daß die Gesellschaft sich spaltet in Adel, Beamte, Angestellte, Soldaten und erwerbende Bürger; daß ein Theil den andern, wo nicht anfeindet, doch mißtrauisch beobachtet? Liegt nicht in dieser Spaltung genug Grund zu unserer Schwäche? Muß denn noch der reine Bürgerstand sich selbst zerfleischen, muß er wieder den unseligen Unterschied zwischen Stadt und Land, zwischen Bauer und Gewerbsmann heraufbeschwören, um unsere Kraft vollends zu erstöpfen? Und müssen inmitten selbst der Städte die Bürger sich zerfleischen, wie wilde Thiere?

Welch unendliches Hemmnis liegt in diesem thörichtesten Verfahren für den Fortschritt zur wahren Freiheit, die nur durch Zusammenhalt aller Abtheilungen des Bürgerstandes errungen werden kann. Wie mag man eine Verbesserung der gesellschaftlichen Zustände sich denken, wenn die, welche sie durch einiges Zusammenhalten gegen den gemeinsamen Feind herbeiführen sollten, sich plündern und todtschlagen?“ — Wir haben schon früher die Erwartung ausgesprochen, daß der klare und praktische Verstand der Seeblätter erkennen werde, wie nöthig die Einigkeit der Bürger und ihr Zusammenhalten gegen den gemeinsamen Feind ist, um den Fortschritt zur wahren Freiheit und damit zur Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu fördern. Zur Erhaltung dieser Einigkeit gehört auch, daß man sich nicht gegenfeitig anfeinde und moralisch todtschlagen versuche, weil man in ein oder der andern politischen Frage über die Anwendung der gemeinschaftlichen Grundsätze nicht gleicher Meinung war.

In mehren deutschen Ländern der österreichischen Monarchie gewinnt das Ständewesen allmählig größere Bedeutung. Die Stände haben zum Theil ausgedehnte Rechte; aber sie waren in Vergessenheit gekommen und die Versammlungen zu einer bloßen Ceremonie herabgesunken, wobei die Steuerforderungen der Regierung angehört und alsbald bewilligt wurden. Dies scheint jetzt anders zu werden. Die böhmischen Stände haben schon 1845 eine Commission niedergesetzt, um ihre Rechte zu wahren. Die Berichte dieser Commission sollen bei der am 3. Mai eröffneten Versammlung zur Sprache kommen. Dazu kommt der Landtagsabschied für 1846, die Einsprüche eines Theils der Stände gegen den vorjährigen Nachlaß der Grundsteuer und Uebernahme des Ausfalls auf den Steuergulden der Dominikalgründe. Das Programm weist überhaupt 36 Gegenstände der Verhandlung nach, wovon unter die verfassungswidrige Besetzung der ständischen Landesämter durch Staatsbeamte, die Verweigerung des Drucks und der Bekanntmachung der Verhandlungen, die Steuerabschreibung durch die Kreisämter, welche bisher ohne Rücksicht auf das Recht der Stände, die Steuern zu bewilligen, einzuhoben und zu vertheilen, das ihnen jedesmal durch den Krönungsseid gewährleistet wurde, stattfand. — Es ist nichts Neues, was die Stände verlangen, sondern es sind die alten Rechte, auf die man von Seiten mancher Regierungen den neuen Verfassungen gegenüber sich bezogen hat. Die diesjährige Versammlung der böhmischen Stände wird bei so reichem Stoffe wahrlich länger dauern, als irgend eine frühere seit zwei Jahrhunderten. Die am 26. April eröffneten tyrolischen Stände haben ebenfalls wichtige praktische Fragen zu berathen, bei denen die Erörterung der ständischen Rechte nicht umgangen werden kann. Es handelt sich um die zweckmäßigste Anwendung einer kaiserlichen Entschloßung über das tyrolische Waldweiden, um Bewollständigung eines Systems bequemerer und sicherer Handelsstraßen, um die Leitung der Erzfisch und um die Mittel, dem Lande eine Hauptquelle des Erwerbs, den Durchfuhrhandel, mittelst einer Eisenbahnverbindung zu erhalten.

Bekanntlich hat das Handelsgericht zu Antwerpen in einem Rechtsstreit von Unternehmern des Transports von Auswanderern gegen Schiffscapitalne entschieden, daß der Termin des

31. Mai, mit welchem das neue amerikanische Gesetz in Kraft treten soll, sich auf die Abfahrt der Schiffe von Europa, nicht auf die Ankunft in Amerika beziehe. Diese Auslegung ist durch den Ausspruch des Staatsanwalts des britischen Reichs (Attorney-general) auf die Anfrage einiger beteiligten Parteien bestätigt worden. Sein Gutachten ist von großem Gewichte, da die Engländer besser als die Rechtsgelehrten des Festlandes mit dem Sinne der amerikanischen Gesetzsprache vertraut sind.

Karlsruhe, 12. Mai. Bei der heute stattgehabten Wahl des ersten Bürgermeisters erhielt Hr. Banquier A. Klose 122 Stimmen von 160. — Derselbe nahm die Wahl an und wurde gleich darauf von der Regierungsbehörde bestätigt und verpflichtet.

Verschiedenes.

— In Griechenland treten Pläne zu Tag, welche die Vertreibung des Königs Otto und die Erhebung eines russischen Vasallen auf den Thron bezwecken.

— Die sächsische Regierung hat auf die Entdeckung von Verbreitern aufrührerischer Druckschriften eine Belohnung von 20 bis 100 Thalern gesetzt.

— Das bayerische Ministerium ermuntert zum Studium der Philologie, mit der Versicherung, daß die Theologen nicht mehr bei Lehramtern bevorzugt werden sollen.

— Preußen soll den übrigen Vereinsregierungen eröffnet haben, daß kein Stoff zu einer Zollconferenz für 1847 dormalen vorliege — so berichtet die Elberfelder Zeitung.

— Die Befugung von Mützen ist durch Einberufung der Beurtheilten beträchtlich verstärkt worden.

— In Kurhessen ist, aller angewandten Mühe der Regierung ungeachtet, die Mehrheit der Mitglieder der aufgelösten Ständerversammlung wieder gewählt worden. In Hanau wurde Advokat Schwarzenberg, in Marburg Stadtrath Federer wieder ernannt; in Hersfeld sind die Wahlmännervahlen freisinnig ausgefallen; die Wahl eines Abgeordneten findet erst am 12. statt. Dagegen hört man nichts von Unterstützungen in Folge der Rundreise der Commission, welche den Nothstand erforschen sollte. Daß nach Hanau fünf Kasseler Viertel Kartoffel geschickt worden sind, ist zwar richtig, aber so viel wie nichts.

— Im großen Rathe von St. Gallen standen die letzten zwei Jahre zwischen der ultramontanen Partei und der vaterländischen die Stimmen gleich, so daß in Sachen des Sonderbundes kein Beschluß gefaßt und den Gesandten zur Tagung keine Instruktion mitgegeben werden konnte. Bei den neuen Wahlen hat sich das unglückliche Verhältniß gebessert. Die Freisinnigen haben 77, die Ultramontanen 73 Stimmen erhalten.

— Die Arbeiter am Bahnhofe zu Kassel haben wegen des Steigens der Brodpreise eine Erhöhung des Lohnes verlangt und erhalten. Der Tagelohn wurde von 10 auf 12 Silbergroschen gesetzt. Obgleich man das Verlangen billig fand, sind doch die Wortführer verhaftet worden.

— In Stuttgart herrscht große Unzufriedenheit mit dem Benehmen des Militärs am 3. Mai, dessen Ungehum (besonders der Reiterei) allein Schuld sei, daß die Sachen so weit kamen. Mehrere Bürger wollen sich wegen erlittener Miß-

handlung durch alle Instanzen beschweren. Die Befugung ist von Ludwigsburg her verstärkt worden. Mehr als 10 Personen dürfen auf der Straße nicht zusammenstehen, Gesellen und Lehrlinge nach 8 Uhr nicht mehr ausgehen und die Wirthshäuser müssen um 10 Uhr geschlossen werden.

— In Garz (Pommern) ist das Fouragemagazin mit nahe 140 Wispeln Hafer, sammt den Scheunen vor dem Schwedter Thore abgebrannt. — In Swinemünde haben Brodunruhen stattgefunden und es sind Soldaten von Stettin dahin abgegangen. — Zu Reichenbach in Schlesien wurden Kartoffel und Getreide auf dem Markte geplündert.

— Die Behörden und angesehensten Bürger Luxemburgs haben den König von Holland um Abberufung des Bischofs und apostolischen Vikars Laurent gebeten, wegen seiner Schwachheit und Unduldsamkeit.

— In Galizien mehren sich die Nordbrennerereien mit dem Glende. Gerüchte gehen, daß die Bauern Podgorze und Krakau anzünden wollten.

Unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Ankündigung. Deutsche Zeitung.

In dem Verlage der Unterzeichneten erscheint vom 1. Juli 1847 an zu Heidelberg die Deutsche Zeitung, ein politisches Tageblatt, herausgegeben von Gervinus, Häuser, Höffen, Rathy und Mittermaier; der Erstere ist zugleich verantwortlicher Redacteur.

Die Deutsche Zeitung wird eine bestimmte Richtung einhalten und, ihrem Namen treu, den deutschen Angelegenheiten vorzugsweise ihre Kräfte widmen. Sie wird das Vaterland zum Mittelpunkte ihres Wirkens machen; die Angelegenheiten anderer Länder, mit besonderer Rücksicht auf jene, die zu uns in engerer Beziehung stehen, mehr in allgemeineren Ueberblicken besprechen; der Entwicklung des geistigen Lebens in den bedeutenderen Ercheinungen der Literatur und der Bewegung der volkswirthschaftlichen Thätigkeit im inneren und äußeren Verkehr ihre Aufmerksamkeit zuwenden; sie wird dabei durch gedrängte Darlegung der Resultate den Lesern die Mühe ersparen, solche aus weitläufigen Uebersetzungen herauszulesen.

Ihre Hauptaufgabe erkennt die Deutsche Zeitung in dem redlichen Bemühen, Selbstgefühl und Gemein Sinn im Volke zu beleben, das Bewußtsein der Einheit und dadurch bedingten Macht zu stärken, den Resten alten Stammhaders entgegenzuarbeiten, die Erkenntnis der gemeinsamen Interessen zu fördern. Dem gemäß wird sie aus jedem sündlichen Anlasse das Bedürfnis und die Forderungen einer deutschen höheren Politik um so sorgfältiger begründen und beleuchten, je dringender der Mangel einer gemeindeutschen Regierungspolitik die Nation und ihre Presse dazu auffordert. Weil der Geist der Einheit stark geworden und noch stärker werden wird, ist es erlaubt und zweckmäßig, die Mängel der Form

aufzudecken. Die Deutsche Zeitung wird daher auch die Lücken der Bundesverfassung bezüglich auf innere und äußere Verhältnisse erörtern, mit dem treuen Wunsche, daß der Tag der Gefahr das deutsche Volk in guter Verfassung und haltbarer Rüstung finde.

Der Zollverein, von Preußen in das Leben gerufen, ist der Ausgangspunkt einer deutschen Volkspolitik; seiner Erweiterung und Fortbildung wird sich die Deutsche Zeitung mit aller Kraft annehmen; an ihn geknüpft, lassen sich die Gedanken und Gefühle einer gemeinsamen Entwicklung der Bestandtheile nationaler Macht und Wohlfahrt mit Wärme pflegen und mit Verstand zur Reife führen.

Als die ersten Schritte zur Verwirklichung des großen Gedankens eines allgemeinen nationalen deutschen Rechts begrüßt die Deutsche Zeitung die Anfänge für ein allgemeines Wechselrecht, das Begehren nach einem allgemeinen Handelsrecht, und eben so die Abschlagszahlungen zu Gunsten der Öffentlichkeit und Mündlichkeit in dem Gerichtswesen, in der Ueberzeugung jedoch, daß die Erfahrung selbst die Einführung von Geschworenengerichten als den natürlichen Salustein des neuen Baues ausweisen werde.

Sollen die Opfer, welche im Frieden zu bringen sind, um für den Krieg gerüstet zu sein, ihren Zweck erreichen, so muß ein wehrhaftes Volk dem Heerwesen zur breiten und starken Unterlage dienen. Die Deutsche Zeitung wird jede erspriessliche Bestrebung dafür eben so zu unterstützen suchen, wie deutsche Kammern die preussische Volksbewaffnung zur Annahme empfahlen und sich zu Opfern für eine damit gesicherte Landesverteidigung bereit erklärt haben.

Die Stärkung des Gemeingutes und die Einigung aller Deutschen immer zum Ziele nehmend, wird die Deutsche Zeitung auch in den kirchlichen Angelegenheiten auf jedem Wege mitwirken, der zur Verträglichkeit und Versöhnung führt; sie schließt sich dem so häufig und von den verschiedensten Seiten wiederholten Gedanken an, daß der Staat Gewissens- und Kirchenfreiheit auf jede kirchliche Gesellschaft übertragen solle, die das Band der bürgerlichen Gesellschaft nicht schwächt, und daß er seine Anerkennung nicht auf die bestehenden Confessionen oder Staatskirchen beschränken könne.

Die Staatsform, auf deren Boden sich die Deutsche Zeitung stellt, ist die constitutionelle Monarchie; sie ist heimisch in den kleineren deutschen Staaten, nach ihr drängt der geschichtliche Trieb der Staatsbildungen in Europa mit Naturnothwendigkeit hin und einer solchen widersteht sich ein Staat nur zu seinem Schaden. Die Deutsche Zeitung wird diese zeitgemäße Staatsform für alle Theile Deutschlands verfechten, so wie Alles, was zu ihrer vollständigen Durchführung gehört. Die Anregung des öffentlichen Geistes zu gemeinnützigen Anstalten und Unternehmungen, zu eigenem, selbständigem Wirken wird sie besonders in das Auge fassen; von dem Aufschwunge des Bürgergeistes und des vaterländischen Gemeingeistes, von dem Gewöhnen an Selbstthätigkeit, von dem eigenen Schöpfungsvermögen der Bürger hat die Gesehgebung des Staates ihre oft unentbehrliche Ergänzung für wichtige gesellschaftliche Interessen zu erwarten.

In dem Streben für die angedeuteten Zwecke und Güter wird man die Deutsche Zeitung nie zaghaft oder unent-

schlossen finden; aber sie wird dieselben in den Grenzen der Vernunft und Ausführbarkeit verstehen und in den Grenzen der Gesehlichkeit erstreben; sie wird mit dieser Richtung weniger zu vermitteln, als vielmehr auszuschließen haben, was sich gegen die naturgemäße Fortbildung unieres Staatslebens setzt. Was hier nur in wenigen Zügen angedeutet werden kann, das ist in einem durch den Buchhandel verbreiteten Programm weiter ausgeführt. Dort sind auch die gewichtigen Namen der Männer genannt, welche aus allen Theilen des deutschen Vaterlandes die Interessen des Blattes besonders wahrnehmen, und die Herausgeber unterstützen werden. Die Persönlichkeiten der Teilnehmer wie der Herausgeber, die aus den tüchtigsten Staatsmännern, Schriftstellern und Geschäftsleuten erlesenen Mitarbeiter, geben dem Publikum für Richtung und Gehalt der Deutschen Zeitung eine Bürgschaft, wie sie noch kein anderes Tageblatt bei seinem Entstehen bieten konnte und wohl nur sehr wenige späterhin geboten haben mögen.

Ueberzeugt, daß eine Vereinigung von solchen geistigen Kräften ein erfreuliches Ergebnis deutschen Gemeinnes für höhere Interessen und practische Zwecke, auch der schwierigsten Aufgabe gewachsen ist, wenden wir uns mit Vertrauen an alle Vaterlandsfreunde, an alle männlich Gereiften, an jenen tüchtigen Kern des Volkes, dem eine Ausbildung unieres Volksthum, ein starkes Vaterland, eine Gleichstellung der deutschen Nation mit den gebildeten und mächtigen Völkern Europas am Herzen liegt. Wir wenden uns an Alle, die weder an unseren engen Verhältnissen und der Lähmung unieres politischen Lebens einer selbstgenügenden Freude fähig sind, noch jenen wüsten Sinn des Vergnügens an aller blinden und ziellosen Aufregung theilen; wir wenden uns an Alle, die im Innern des fest und frei geordneten Staates nichts Heiligeres kennen als die Herrschaft des Gesezes und nach Außen nichts Höheres als die Wahrung der Ehre und die Wehrung der Macht; an Alle endlich, welche die wesentliche Bestimmung eines politischen Blattes darin sehen, daß es unermüdet die Theile ausarbeiten helfe zu einem solchen festgefühten Staatsbau, unter dessen schirmendem Schutze Bestand und Gedeihen eines Volkes verbürgt und gesichert sind. Wir hoffen auf ihre Mithülfe und sind gewiß, daß der Deutschen Zeitung nur dort feindseliger Widerspruch begegnen wird, wo geschloße Willkühr von der einen oder von der anderen Seite dem Gedeihen der allgemeinen Wohlfahrt Deutschlands sich in den Weg drängt.

Mannheim und Heidelberg, im Mai 1847.

Verlagsbuchhandlung von
Friedrich Bassermann.

Die Deutsche Zeitung erscheint täglich, einen Bogen stark, mit Beilagen nach Erforderniß.

Alle Postämter nehmen Bestellungen an; die Hauptexpedition beorgt das großherzoglich badische Postamt Heidelberg.

Der Preis ist jährlich 10 fl.; durch die Post bezogen im Umfang des Großherzogthums Baden 12 fl. 26 kr.

Für Anzeigen wird der Raum der dreispaltigen Beitzelle mit 2 Sgr. oder 7 kr. berechnet.